

Dr. Guido Westerwelle

- (A) Wer das Thema mit dem einfachen Wort „Steuroase“ angeht, der macht es sich natürlich zu einfach. Natürlich müssen wir die **Steuerkriminalität und die illegale Steuerflucht** bekämpfen. Natürlich ist es richtig, dass wir auch in Europa und in der Welt die Regeln der OECD anwenden wollen.

(Peer Steinbrück, Bundesminister: Aha!)

– Herr Steinbrück, weil Sie gerade „Aha“ gerufen haben: Die Frage ist, ob man das mit der Peitsche tut bzw. indem man der Schweiz mit der Kavallerie gegen Indianer droht. Sie können ja nicht einmal mit der Schweiz Frieden halten.

(Dr. h. c. Gerd Andres [SPD]: Steueroasen abschaffen, Herr Westerwelle!)

Herr Steinbrück, Herr Finanzminister, ich muss Ihnen wirklich sagen: Diese Art und Weise des Umgangs mit unseren Nachbarländern ist eine schlicht undiplomatische Unverschämtheit. Das wird auch hier zu einem Thema gemacht werden müssen. Das ist eine schlichte Unverschämtheit.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Da hat er leider recht! – Dr. h. c. Gerd Andres [SPD]: So ein Quatsch! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Es ist sehr interessant, dass Sie das gutfinden.

(Dr. h. c. Gerd Andres [SPD]: Steueroasen-Guido!)

- (B) – Jetzt wurde gerade ein schöner Zwischenruf zur Steuroase gemacht. Ich will Ihnen das einmal wie folgt erklären, Herr Kollege:

(Lachen bei der SPD)

Für den normalen Bürger ist in der Regel weniger die Oase, sondern vielmehr die Wüste drum herum das Problem.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von der SPD)

Ich sage Ihnen: Dieselbe Energie, die Sie dafür aufwenden, Steueroasen auszutrocknen, sollten Sie dafür aufwenden, dass die deutsche Steuerwüste durch niedrigere Steuern endlich wieder fruchtbarer wird. Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, das ist das Mittel, das man anwenden sollte.

(Beifall bei der FDP – Kurt Bodewig [SPD]: Steuerhinterziehung als Steuerförderung!)

Hinterher höre ich bestimmt wieder von Ihnen: „Schade, dass wir bei euch nicht klatschen durften!“

(Heiterkeit bei der FDP)

Der entscheidende Punkt ist aber, Frau Bundeskanzlerin: Statt dass Sie als Regierungschefin Deutschlands ein Wort der Diplomatie an unsere Nachbarn richten, sagen Sie – ganz im Bild von Herrn Steinbrück bleibend –, man müsse Ross und Reiter nennen, mit der Peitsche drohen und die Kavallerie gegen die Indianer ins Feld schicken.

(Widerspruch bei der SPD)

(C)

Ich glaube, diese Art und Weise ist schlichtweg unverantwortlich. Sie haben Ihren Kompass in der Regierung verloren. Sie sind zu einem wirklich kraftvollen und machtvollen Führen in Europa nicht mehr fähig. Diese Debatte zeigt, dass Sie auch inhaltlich nicht mehr einig sind. Mittlerweile ist die Koalitionszerrüttung so weit fortgeschritten, dass deutsche Interessen auch auf internationaler Ebene beschädigt werden.

(Kurt Bodewig [SPD]: Steuerhinterziehung ist kein Teil deutscher Interessen!)

Das ist schlecht für unser Land.

Ich danke sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der FDP – Dr. h. c. Gerd Andres [SPD]: Das war der Wüsten-Guido!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Für die SPD-Fraktion erhält nun der Kollege Joachim Poß das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Joachim Poß (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Westerwelle, ich freue mich, dass Sie für die Öffentlichkeit vernehmbar Ihre tiefe Sympathie für die Staaten geäußert haben, die mit ihren Regelungen mit dafür sorgen, dass den ehrlichen deutschen Steuerzahlern Milliarden entzogen werden.

(D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der FDP)

Denn die Rechnung für diese systematische **Steuerhinterziehung** zahlen die ehrlichen Steuerzahler in Deutschland. Dass Sie, der sich dem Vernehmen nach in der Finanzszenen der **Schweiz** gut auskennt, Herr Westerwelle, das so unverhohlen sagen, trägt sehr zur Klarheit in der deutschen Öffentlichkeit bei. Wir haben in den nächsten Tagen und Wochen einiges zu diskutieren. Dann wollen wir mal sehen, was die Umfragen ausweisen und wie viele Menschen wirklich wollen, dass ein solches sozial-schädliches Verhalten vom selbsternannten Oppositionsführer im Deutschen Bundestag unterstützt wird.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Schicken Sie doch die Kavallerie!)

Sie haben Ihre Sympathie erklärt. Offen geblieben ist dabei Ihre inhaltliche Position

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Steuersenkungen!)

zu den vom Bundesfinanzminister und anderen aufgeworfenen Fragen bezüglich der Schweiz.

(Jörg van Essen [FDP]: Das hat er doch eben gesagt! Sie haben nicht zugehört!)

Joachim Poß

- (A) – Nein. Er hat Sympathie für die Schweiz ausgedrückt, offenkundig auch für das übersteigerte Bankgeheimnis der Schweiz.

(Jörg van Essen [FDP]: Das ist doch Unsinn! Sie haben nicht zugehört!)

Wie ich gehört habe, lassen Sie sich auch gerne von den Profiteuren dieser Steuerhinterziehung einladen, Vorträge zu halten, Herr Westerwelle. Sie kennen sich also wirklich aus.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Aber leider nicht so oft wie Herr Schröder, Herr Kollege!)

Darüber wird, wie gesagt, noch zu reden sein.

Sie sollten lieber über die Sache reden – nämlich über die sozialschädlichen Steuerhinterzieher –, statt sich mit der Stilkritik an einem Regierungsmitglied aufzuhalten, dem man im Ergebnis attestieren muss, dass der Druck, der in den letzten Wochen und Monaten vornehmlich unter dem Einfluss der Finanzkrise aufgebaut wurde, zum Erfolg geführt hat. In die sogenannten Steueroasen ist schließlich Bewegung gekommen. Die Frage ist aber, ob das ausreicht, um weltweit und in Europa zu einem **fairen Steuerregime** zu kommen. Diese Frage muss hier beantwortet werden.

(Beifall bei der SPD)

Nach allem, was man bisher erkennen kann, reichen die von der Schweiz und anderen angekündigten Schritte unseres Erachtens nicht aus. Darüber wird in der Sache zu reden sein. Das wird ein Thema auf dem nächsten

(B) Treffen – ich nehme an, das ist der sehr wichtige G-20-Gipfel – sein. Ich freue mich, dass sich die Frau Bundeskanzlerin heute Morgen so uneingeschränkt zugunsten einer Einschränkung dieser Steuerfluchtmöglichkeiten und gegen die Steueroasen geäußert hat, weil sie, wie wir alle, weiß, dass wir nur dann zu einer fairen Finanzmarktregulierung für die Zukunft kommen können, wenn die internationalen Fluchtpunkte des Geldes ausgetrocknet werden.

(Beifall bei der SPD)

Aber dabei muss man glaubwürdig bleiben. Dann muss die nationale Politik auch dem entsprechen, was auf der europäischen und der internationalen Ebene von uns gefordert ist. Deswegen herrscht bei uns ein solches Unverständnis, dass aus der Fraktion des Koalitionspartners eine Blockade in einer so zentralen Frage errichtet wird. Das erhöht nicht unsere internationale **Glaubwürdigkeit**.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Oskar Lafontaine [DIE LINKE] und Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Daher fordere ich den Koalitionspartner in aller Sachlichkeit und Friedlichkeit

(Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin: Freundschaft!)

– „Freundschaft“ ist ein so oft missbrauchtes Wort, Frau Merkel, wie Sie wissen – sowie in aller Freundlichkeit auf, diese Blockade aufzugeben; denn in der Tat stärkt

- das weder unsere Glaubwürdigkeit im Innern noch unsere internationale Glaubwürdigkeit im Kampf gegen Steueroasen. (C)

International herrscht inzwischen eine große Übereinstimmung, was die Überschriften der notwendigen Schritte in der Finanzmarktregulierung und im Kampf gegen Steueroasen angeht. Glaubwürdig sind wir nur, wenn wir das auch national unterfüttern. Ich füge mit Blick auf manche Abstimmungen im Europäischen Parlament hinzu: Auch die deutschen Europaabgeordneten sind im Rahmen der europäischen Rechtsetzung gefragt, sich der Einflussnahme und den Interessen der Finanzindustrie zu entziehen. Da reichen gefällige Formulierungen hier im Deutschen Bundestag für eine Partei nicht aus, wenn man sich dann bei der konkreten Entscheidung, wenn es darauf ankommt, anders verhält.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen sage ich für uns Sozialdemokraten ausdrücklich: Wir werden uns sehr intensiv mit dem Kleingedruckten befassen. Die Überschriften reichen uns nicht.

Natürlich freue ich mich, dass bei den Vorschlägen, die jetzt in der Diskussion sind, die Vorarbeiten der Sozialdemokraten – namentlich das Papier von Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück – eine wichtige Rolle spielen. Ich finde, dass die „**Finanzmarktgrundsätze**“, über die auch in der letzten Runde des Koalitionsausschusses diskutiert wurde, die richtige und wichtige Grundlage für weitere Lösungen bei uns in Deutschland, auf europäischer Ebene und weltweit darstellen. (D)

Die Regulierung bisher unregulierter Marktbereiche, Regeln für alle Produkte und alle Akteure, der Aufbau einer effektiven grenzüberschreitenden Aufsicht über Banken und andere Finanzakteure, eine bessere Kontrolle der Ratingagenturen, aber auch eine stärkere Bedeutung des Internationalen Währungsfonds und des Forums für Finanzstabilität – um nur einige Punkte zu nennen –, das alles wird heute nicht nur vom sozialdemokratischen Teil des Kabinetts und der Regierungskoalition vertreten, sondern ist unter uns Konsens.

Ich habe aber die Wahrnehmung aus der praktischen Arbeit in der Koalition und im Parlament, dass es noch einiger Überzeugungsarbeit beim Koalitionspartner an dieser oder jener Stelle bedarf, um wirklich durchzukommen. Dass beim Partner manche Erkenntnis nur unter dem Druck der Krise entstanden ist und nicht ganz so freiwillig, finde ich nicht so erfreulich. Aber für die SPD-Bundestagsfraktion möchte ich der Bundeskanzlerin und den anderen beteiligten Regierungsmitgliedern volle Rückendeckung für die anstehenden Treffen in Brüssel und London geben.

Bei allen Turbulenzen und Umstürzen müssen wir in den nächsten Monaten Folgendes bedenken: Das ignorante Verhalten bei AIG, das ganz Amerika in Aufregung versetzt hat, zeigt, wie vorsichtig man auf die Dinge schauen muss. Der **Einfluss der Finanzindustrie** an der Wall Street, in der Londoner City oder in Brüssel ist nach wie vor nicht zu unterschätzen. Im Moment geht es um das Überleben mit massiver staatlicher Unterstüt-

Joachim Poß

- (A) zung. Sobald sich aber die Stürme etwas beruhigen, werden die guten Kontakte der Branche zu den jeweiligen Administrationen wieder genutzt werden, um die anstehende Regulierung möglichst zu entschärfen und die neue Weltfinanzarchitektur im Sinne der Branche zu gestalten. Da müssen wir gemeinsam Obacht geben, weil diese Bemühungen zu registrieren sind. Auf dem Welt-schattenfinanzmarkt haben eben zu viele über lange Jahre zu gut gelebt und sich doof und dämlich verdient, um es umgangssprachlich zu sagen. Diese geben nicht so schnell auf, wie das Verhalten nicht nur bei AIG, sondern auch anderswo zeigt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ihnen müssen wir klarmachen: Wir akzeptieren ein solches Verhalten gesellschaftlich nicht mehr. So ähnlich hat es auch Obama ausgedrückt: Dies kann nicht mehr in Dollar oder Cent ausgedrückt werden, Herr Westerwelle. Auch Sie sollten sich darüber einmal Gedanken machen. Die Frage ist, mit welchem Geist und mit welcher Mentalität wir die soziale Marktwirtschaft in Deutschland und weltweit leben wollen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Lothar Bisky ist der nächste Redner für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Lothar Bisky (DIE LINKE):

- (B) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ex-Post-Chef Klaus Zumwinkel hat sich 20 Millionen Euro Pensionsgelder auszahlen lassen. Nach den Strapazen seiner Steuerhinterziehung über die Steueroase Liechtenstein will er jetzt den wohlverdienten Ruhestand auf seinem Schloss am Gardasee genießen. „Einen ganz normalen Vorgang“ nennt er das.

Gleichzeitig nimmt die Zahl der Arbeitslosen zu, auch die der Menschen, die von Kurzarbeit leben müssen oder auf Hartz IV angewiesen sind. Viele Existenzen von kleinen und mittleren Selbstständigen sind in Gefahr oder bereits zerstört. Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt den Menschen das hässliche Gesicht der **gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung**: von maßlos übersteigertem Renditestreben und mangelnder gesellschaftlicher Solidarität geprägt, ohne demokratische Kontrolle und ohne wirkliche demokratische Mitentscheidung der Menschen über die wirtschaftlichen Abläufe.

(Beifall bei der LINKEN)

Das empört, und zwar zu Recht. Ich weiß: Auch manche Kollegin und mancher Kollege aus den Koalitionsparteien teilen diese Empörung. Aber was folgt politisch aus dieser Empörung für ihre Parteien und Fraktionen? Was folgt daraus für die von ihnen getragene Bundesregierung? Wie reagiert die Bundesregierung angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise? Sie macht vor allem eines: Sie reist. Im November vergangenen Jahres ging es mit kaum erkennbarem Gewinn zum Weltfinanzgipfel

- in Washington. Am vorigen Wochenende gab es ein Ministertreffen in London, bei dem der Europäische Rat am Donnerstag vorbereitet werden sollte. Der Europäische Rat soll nun vor allem dazu dienen, die gemeinsamen Positionen von EU und Mitgliedstaaten für den **Finanzgipfel der G-20-Staaten** in London vorzubereiten. (C)

Aber was wird dabei herauskommen? „G20-Finanzminister beschließen nichts“, titelte die *Financial Times Deutschland* am Montag. Ich zitiere:

Konkrete Verpflichtungen für die Regierung oder genaue Größenordnungen für ... weitere Konjunkturpakete wurden nicht beschlossen.

In der Sache kam es zu kaum mehr als Andeutungen. Die Hedgefonds sollen nur registriert und Informationen weitergegeben werden, den sogenannten Schrottpapieren soll allein mit Leitlinien für die einzelnen Länder begegnet werden. – Das wird kaum helfen.

Wir von der Linken bleiben dabei: Wir wollen erstens Hedgefonds verbieten,

(Beifall bei der LINKEN)

zweitens Zweckgesellschaften verbieten, drittens Steueroasen wirksam austrocknen oder verbieten und viertens Verbriefungen verbieten. Nur wenn diese vier Grundübel an der Wurzel gepackt werden, haben wir überhaupt die Chance, den Sumpf aus Gier und Spekulation trocken zu legen.

(Beifall bei der LINKEN)

- Heute und morgen tagt nun der Europäische Rat, der unter anderem für den neuen G-20-Gipfel die Positionen bestimmen soll. Die bisherige Tagesordnung lässt leider nicht ahnen, welche gemeinsamen Ergebnisse zu erwarten sind. Welche Vorschläge der hochrangigen **Larosièr-Gruppe** werden denn von den teilnehmenden Regierungen geteilt? Steht denn die Kommission, die die Arbeitsgruppe im Oktober des vergangenen Jahres eingesetzt hat, überhaupt hinter dem Ganzen oder doch wenigstens hinter einem Teil der Vorschläge? Wie bewertet die Bundesregierung den Bericht? Erst wenn wir von ihr schwarz auf weiß haben, welche konkreten Vorschläge sie für richtig hält, kann eine wirkliche parlamentarische Debatte stattfinden. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Unabhängig davon fällt auf, wie einseitig die „hochrangige Arbeitsgruppe“ besetzt ist. Es sind auffällig viele dabei, die den Finanzsektor mit seinen überhöhten Renditeansprüchen und seinen Spekulationen geradezu beispielhaft repräsentieren: Jacques de Larosièr ist Mitvorsitzender der Finanzlobbyorganisation Eurofi und war bis vor kurzem Berater der französischen Bank BNP Paribas. Rainer Masera war Direktor einer europäischen Tochter der Pleitebank Lehman Brothers. Onno Ruding ist Berater der Citigroup. Otmar Issing, früher bei der Deutschen Bundesbank und der Europäischen Nationalbank, ist Berater von Goldman Sachs. Für die vier anderen Beteiligten – natürlich auch Männer – gilt im Wesentlichen die gleiche Ausrichtung. Eine Gewerkschafterin oder ein Gewerkschafter oder eine unabhängige